

Atommüll

Unsanierete Altlasten des Uranbergbaus machen in Thüringen positive Ergebnisse sanierter Wismut-Flächen zunichte

Antwort des Petitionsausschusses des Thüringer Landtages auf die Petition E-684/11 des Kirchlichen Umweltkreises Ronneburg zu den unsanierten Uranbergbau-Hinterlassenschaften in Ostthüringen

Von Frank Lange

Im September 2011 richtete der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg an den Thüringer Landtag eine Petition zu den nicht in die Uranbergbausanierung einbezogenen aber vom Uranbergbau betroffenen Flächen in Thüringen.[1] Der Umweltkreis sah begründeten Anlass zu der Sorge, dass eine sachliche Handhabung des Altlastenkatasters des Bundesamtes für Strahlenschutz zum Uranbergbau der SDAG Wismut in Thüringen nicht erfolgt. Insbesondere ist der Umweltkreis der Auffassung, dass notwendige Umsetzungen der Vorgaben des Altlastenkatasters in Bezug auf die als radiologisch belastet eingestuft Flächen vom zuständigen Landesbergamt (TLBA) nicht realisiert und auch nicht beabsichtigt werden. Verantwortliche Behörden und Verwaltungen gehen davon aus, dass hierfür sowie für die Sanierung von belasteten Grundstücken die gesetzlichen Vorgaben des Bundes nicht ausreichen.

Die unsanierten Altlasten [2], sogar die nicht erfassten Flächen, beeinflussen inzwischen aber die Sanierungsergebnisse negativ. Im Gessenbach erfolgte beispielsweise erst kürzlich eine Verdoppelung der zugelassenen Uranbelastung, die vor allem im Zusammenhang mit einer unsanierten Altbelastung steht. In erster Linie stellen die in Thüringen verharmlosend offiziell als Altstandorte des Uranbergbaus bezeichneten

Flächen bleibende Gefahrenpotentiale dar. Diese kommen meist erst richtig bei Veränderungen der Grundstücksnutzung zu Bewusstsein bzw. zur Geltung. Dann ist es aber alleinige Sache des „Verhaltens- und Zustandsverantwortlichen“, das heißt des Eigentümers.

Die Ergebnisse der Petition aus der Zwischenantwort vom 09. November 2011 und der Beantwortung vom 10. Mai 2012 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Landesregierung in Thüringen lehnt eine Initiative zur Schaffung von ihrer Meinung nach fehlenden gesetzlichen Handlungsvorgaben auf Bundesebene ab.
- Probleme, die sich in Thüringen aus der radioaktiven Vorbelastung von Grundstücken ergeben, gehen zu Lasten der jeweiligen Eigentümer.
- Die Sanierung radioaktiver Altlasten in Sachsen, die nicht im Eigentum der Wismut GmbH sind, erfolgen dagegen trotz (vermeintlich) fehlender gesetzlicher Vorgaben. Die thüringische Landesregierung meint hier, wirtschaftliche Erwägungen und höhere Belastungen im Vergleich zu Thüringen festzustellen und hält den Abschluss einer möglichen Vereinbarung zur Finanzierung mit dem Bund nicht für erforderlich.
- Zwar lehnt die Landesregierung in Thüringen eine messtechnische Überwachung belasteter Flächen des Altla-

stenkatasters ab, behauptet aber eine ständige Aktualisierung seit 2003, die 2012 abgeschlossen sein soll. Der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg befürchtet hier keine Neu- sondern eine formale Umbewertung belasteter Altlasten in nicht belastete. Beispiele für „vergessene“ Altlasten existieren bereits. So soll in Gera-Liebschwitz ein Kinderspielplatz auf einer nicht (mehr?) registrierten Fläche stehen.

Als einen nicht unwichtigen positiven Aspekt der Petitionsinitiative kann festgestellt werden, dass die Landesregierung dem Petitionsausschuss zugesichert hat, dass der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg volles Einsichtsrecht für das in Bearbeitung befindliche Kataster inklusive Datenbereitstellung durch das TLBA erhält. Weitere Petitionen bei Sachverhaltsfeststellungen oder Sachverhaltsänderungen ist der Ausschuss bereit, vom Umweltkreis entgegen zu nehmen. Daher wird überlegt, im Sommer einen konkreten Fall aus Gera hierfür zu benennen.

Fazit: Die Landesregierung in Thüringen scheut eine nicht überschaubare Kostenlawine für durch den Uranbergbau beeinflusste Standorte außerhalb der Wismut GmbH und will daher lieber auf mögliche Kostenteilungen mit dem Bund verzichten. Dabei ist selbst der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg der Meinung, dass man sich auf das Notwendigste beschränken – aber Betroffene nicht in finanzielle Nöte stürzen sollte.

1. In Thüringen sind im Gegensatz zu Sachsen nur die Flächen in eine Sanierung einbezogen, die 1990 noch im Eigentum der Bergbaubetriebe der Wismut standen.

2. Das BfS-Altlastenkataster weist für Thüringen über 300 Hektar radiologisch belastete Flächen aus, die vor allem im Raum Gera/Ronneburg sowie um Saalfeld und im Thüringer Wald konzentriert sind. ●

Atommüll-Lagerung

Morsleben – Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts

Ausstellung in Döbeln, 1. - 30. Juni 2012

Noch bis zum 30. Juni 2012 lädt Greenkids Magdeburg e.V. zu einer neuen, überarbeiteten Ausstellung zum Atommülllager Morsleben in das Café Courage in 04720 Döbeln, Bahnhofstraße 56. Die Ausstellung wurde im September 2004 das erste Mal der Öffentlichkeit präsentiert und wurde seitdem an mehr als 20 Orten schon mehreren zehntausend Menschen gezeigt. Sie ist das Ergebnis von inzwischen über acht Jahren Recherche- und Forschungsarbeit von AktivistInnen der Greenkids e.V. und anderen Personen. Quelle der Arbeit sind mehr als ein Dutzend Archive und Organisationen. Der größte Teil des vorhandenen Aktenmaterials konnte noch nicht einmal gesichtet werden, berichtet Greenkids-Vorstand Falk Beyer. Es stehe also noch viel Arbeit bevor und die Wanderausstellung werde ständig ausgebaut. Inzwischen seien im Rahmen des Dokumentationsprojekts mehr als 2.800 Unterlagen erfaßt worden, weitere hunderte Dokumente lägen zur Einarbeitung in die Archivdatenbank bereit. Von diesen Materialien habe bisher auch erst ein kleiner Teil bearbeitet und verwertet werden können. Laufend kämen neue Unterlagen zum Morsleben-Archiv hinzu und die Recherchen in den öffentlichen Archiven werden fortgesetzt.

Seine aktuelle Bedeutung erhält das Projekt durch die bevorstehende Schließung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). Nach einem Jahrzehnt öffent-